

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 22. April 2024; Bericht

Am 22. April 2024 fand in Luxemburg eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Russlands Aggression gegen die Ukraine, Lage im Nahen Osten, Sudan sowie Laufende Angelegenheiten / Sonstiges. Der Tagesordnungspunkt Russlands Aggression gegen die Ukraine fand in Form eines gemeinsamen Treffens der Außen- und Verteidigungsministerinnen und -minister statt.

In der Diskussion zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine erinnerte der Hohe Vertreter und Vizepräsident der Europäischen Kommission (HV/VP) Josep Borrell an die schwierige Lage der Ukraine, weshalb auch das gemeinsame Treffen der Außen- und Verteidigungsministerinnen und -minister einberufen worden sei. Das dringendste Ersuchen der Ukraine seien Luftabwehrsysteme. Die per Video zugeschalteten Außen- und Verteidigungsminister der Ukraine, Dmytro Kuleba und Rustem Umerow, betonten den unveränderten und dringenden Bedarf im Bereich Luftabwehr und Artillerie. HV/VP Borrell wies darauf hin, dass 70% der Stromerzeugungskapazitäten in der Ukraine zerstört worden seien. Zahlreiche EU-Mitgliedstaaten stellten ihre bisherigen und geplanten Unterstützungsmaßnahmen dar und begrüßten die Initiativen zu Artilleriemunition sowie Luftabwehr. Außerdem sprachen EU-Mitgliedstaaten die Nutzung von Profiten der immobilisierten russischen Vermögenswerte, das 14. Sanktionspaket, die Europäische Friedensfazilität, die Notwendigkeit einer breiten Teilnahme bei der Friedenskonferenz in der Schweiz, russische Destabilisierungsversuche, EU-Sicherheitszusagen sowie die EU-Erweiterung an.

In der Diskussion zur Lage im Nahen Osten begrüßte ich den guten und konstruktiven Austausch im Rahmen der informellen Videokonferenz der EU-Außenministerinnen und -Außenminister und in diesem Kontext insbesondere die Tatsache, dass die

EU-Mitgliedstaaten nach dem präzedenzlosen iranischen Angriff auf Israel rasch und mit einer Stimme gesprochen und sich der Europäische Rat auf die Ausweitung der Sanktionen gegen den Iran geeinigt haben. Parallel müssen der Outreach zu den Partnern der Region und die Bemühungen für eine Deeskalation fortgesetzt werden. Bei einer weiteren Front in der Region wären alle Verlierer. Neben der regionalen Dimension dürfe die Situation in Gaza nicht in den Hintergrund geraten. Gemeinsam mit zahlreichen EU-Mitgliedstaaten habe ich betont, dass ein Deal zur sofortigen und bedingungslosen Freilassung der israelischen Geiseln sowie mehr humanitäre Hilfe für die palästinensische Zivilbevölkerung in Gaza wesentlich seien. Abschließend unterstützte ich einen Austausch mit der palästinensischen Führung, u.a. mit dem neuen palästinensischen Premierminister Mohammed Mustafa, auch um die Forderungen der EU nach Reformen, u.a. den Kampf gegen Korruption, deutlich zu machen. Bezüglich der finanziellen Unterstützung des VN-Hilfswerks für die Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) drückte ich die Hoffnung aus, dass der Colonna-Abschlussbericht und die von UNRWA gesetzten Maßnahmen eine geeignete Entscheidungsgrundlage liefern werden. Die Prüfung der rechtlichen Möglichkeiten zur Listung der iranischen Revolutionsgarden als Terrororganisation wurde von mir ausdrücklich begrüßt. Zur Frage der Anerkennung des palästinensischen Staates hinterfragte ich den Sinn einer einseitigen Anerkennung ohne weitere Schritte in Richtung eines politischen Prozesses und einer verhandelten Zwei-Staaten-Lösung; auch fehle hier die Debatte, welche Forderungen in diesem Zusammenhang an die Palästinensische Autonomiebehörde gestellt werden sollten.

In der Diskussion zum Sudan verwies HV/VP Borrell auf die katastrophale Lage im Sudan und die Ergebnisse der internationalen Humanitären Konferenz für Sudan und seine Nachbarstaaten vom 15. April in Paris. Die Europäische Kommission informierte zur humanitären Situation im Sudan und die drohende Hungersnot. VN-Sondergesandter für den Sudan, Ramtane Lamamra, begrüßte die EU-Bemühungen, v.a. die gemeinsame Geberkonferenz und die Annahme einer gemeinsamen Grundsatzerklärung, die eine verstärkte Koordination der Vermittlungsbemühungen vorsehe. Laut Lamamra müsse der Friedensprozess v.a. einen demokratischen Prozess im Sudan umfassen. Bei Verhandlungen müssen zudem der Zugang für Hilfsleistungen und ein Waffenstillstand auf der Agenda stehen. Die EU-Mitgliedstaaten zeigten sich besorgt zur humanitären Lage, v.a. der Behinderung des humanitären Zugangs, und ersuchten in diesem Zusammenhang um weitere Vermittlungsbemühungen und Koordination.

Unter Laufende Angelegenheiten / Sonstiges präsentierten Finnland und Italien ein Non-Paper zur Bekämpfung der Instrumentalisierung von Migration und Migrantenschmuggel. Von Tschechien wurden restriktive Maßnahmen im Zusammenhang mit Russland thematisiert.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

29. Mai 2024

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister